

Steigender Pflegebedarf

Stuttgart (dpa). Die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg wird bis zum Jahr 2060 deutlich ansteigen. Einer Vorausberechnung des Statistischen Landesamts zufolge werden dann gut 800.000 Menschen im Südwesten auf Pflege angewiesen sein, das sind 48 Prozent mehr als noch im Jahr 2021. Als Grund für den Anstieg nennen die Statistiker den Alterungsprozess der Babyboomer-Generation, also der geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1970. Diese Generation machte Ende 2021 laut Statistischem Landesamt fast ein Viertel der Einwohner Baden-Württembergs aus. „Diese stark besetzten Jahrgänge werden in den nächsten Jahrzehnten sukzessive in Altersgruppen mit höherem Pflegerisiko vorrücken“, teilten die Statistiker am Dienstag in Stuttgart mit.

Besonders stark wird der Zuwachs der Pflegebedürftigen im Stadtkreis Heilbronn und im Landkreis Schwäbisch Hall ausfallen. Dort prognostizieren die Statistiker bis zum Jahr 2040 einen Zuwachs um 37 Prozent. Am wenigsten betroffen wird demnach der Stadtkreis Stuttgart sein, dort soll die Zahl der Pflegebedürftigen der Prognose zufolge bis 2040 nur um neun Prozent ansteigen.



Einer Vorausberechnung des Statistischen Landesamts zufolge werden im Jahr 2060 gut 800.000 Menschen im Südwesten auf Pflege angewiesen sein. Foto: Bernd Weißbrod/dpa/Symbolbild

Notfallpraxen geschlossen

Stuttgart (dm). Acht Notfallpraxen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Baden-Württemberg müssen ab diesem Mittwoch vorübergehend geschlossen bleiben, darunter die in Waghäusel-Kirrlach. Sechs weitere haben nur noch teilweise geöffnet, darunter die Praxen in Rastatt und Mühlacker. Diese haben nur noch Samstag und Sonntag sowie an Feiertagen jeweils von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Das teilte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Baden-Württemberg in Stuttgart am späten Dienstagmittag mit. Hintergrund ist demnach ein Urteil des Bundessozialgerichts.

Dies entschied zwar in einem konkreten Fall, das Urteil sei aber übertragbar, so die KV. Tenor: Sogenannte „Pool-Ärzte“ im organisierten ärztlichen Bereitschaftsdienst nicht selbstständig, sondern abhängig beschäftigt und sozialversicherungspflichtig. Das hat offenbar weitreichende Auswirkungen: Das bisher bestehende System des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Land könne in der bisherigen Form nicht weitergeführt werden, heißt es. Dabei wurden laut KV etwa 40 Prozent aller Dienste in den 115-Notfallpraxen und medizinisch dringenden Hausbesuche von den Poolärzten geleistet. „Das Urteil zwingt uns, eine Notbremse zu ziehen und sofortige Maßnahmen zu ergreifen. Das heißt, dass wir heute mit sofortiger Wirkung die Tätigkeit der Poolärztinnen und Poolärzte im ärztlichen Bereitschaftsdienst beenden“, erklären die KV-Vorstände Karsten Braun und Doris Reinhardt. Die Erreichbarkeit des Bereitschaftsdienstes über die Rufnummer 116117 sei aber gewährleistet. Man habe darauf geachtet, dass Patienten „weiterhin gut versorgt sind und die Möglichkeit haben, innerhalb vertretbarer Zeit benachbarte Notfallpraxen zu erreichen“, so Reinhardt. Der ärztliche Bereitschaftsdienst ist nicht zu verwechseln mit dem Rettungsdienst unter der Notrufnummer 112, der in lebensbedrohlichen Fällen Hilfe leistet.

Unis bekommen mehr Geld

Stuttgart (dpa). Die Universitäten im Südwesten werden dem Vernehmen nach mehr Mittel zum Ausgleich coronabedingter Mehrkosten für Energie erhalten als ursprünglich geplant. Das ist das Ergebnis monatelanger Gespräche zwischen dem Land und neun Universitäten. Den Finanzierungsvorschlag legt das Wissenschaftsministerium an diesem Dienstag dem Kabinett in Stuttgart zur Beratung vor. Das Wissenschaftsministerium hatte zunächst zugesagt, 40 Prozent der zusätzlichen Energiekosten zu übernehmen. Aus Sicht der Landesrektorenkonferenz (LRK) reicht das aber nicht aus. Dem Vernehmen nach wird das Land die Universitäten bei der Erbringung der Energiekosten in den Jahren 2023 und 2024 nun „in beträchtlichem Umfang“ unterstützen. Zahlen wurden nicht bekannt.

Nach Angaben der LRK beliefen sich die Energie-Mehrkosten im Jahr 2022 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 auf 14 Millionen Euro und im laufenden Jahr auf 51 Millionen Euro. Für das Jahr 2024 wurden 48 Millionen zusätzlich prognostiziert. Angesichts der Belastung will etwa die Universität Stuttgart im Januar zwei Wochen lang auf Online-Vorlesungen umstellen.

Zurück zu den Wurzeln

Elsässisch für Fortgeschrittene und die Utopie einer zweisprachigen Region

Von Bärbel Nückles

Straßburg. Anfang Oktober in Straßburg, in den Räumen des Centre Culturel Alsacien (CCA), dem Elsässischen Kulturzentrum, am Boulevard de la Victoire gegenüber dem historischen Jugendstilbad. Heute ist der Kurs etwas kleiner als sonst. Solange Schaller stammt aus Straßburg, ist Zahnärztin im Ruhestand und hat fünf Jahrzehnte in der französischen Schweiz gelebt. Jetzt hält sie sich wieder regelmäßig in ihrer Heimat auf und will ihren Dialekt reaktivieren. „Ich versuche mit meinen Enkelkindern Elsässisch zu sprechen, auch wenn sie am Genfer See aufwachsen“, erzählt sie.

Guy Meyer ist nach fast 30 Jahren wieder ins Elsass zurückgekehrt, nach Studium, Arbeit, Heirat und Familie auf Guadeloupe. „Viele vermeiden es, im Alltag Dialekt zu sprechen“, stellt er fest, „weil sie nicht wollen, dass er mit Deutsch in Verbindung gebracht wird“. Er hingegen versuche konsequent Elsässisch zu sprechen. „Neulich hat sich die Verkäuferin beim Bäcker entschuldigt, leider spreche sie kein Deutsch.“ Solche Reaktionen irritieren ihn. Als ob die Menschen nicht das Geringste über das Elsass wüssten und die Vorurteile gegenüber dem Elsass und den Elsässern, die manche Franzosen am anderen Ende der Republik schon in Deutschland verortet, noch immer in den Köpfen festsitzen.

Hört man sich heute in Kindergärten und Grundschulen im Elsass um, beherrschen oder verstehen unter den Jüngsten nur noch sehr wenige eine der Ausprägungen des elsässischen Dialekts. Bei den Erwachsenen bezeichneten sich bei einer Befragung 2012 noch 43 Prozent als Dialektsprecher. 1946 waren es noch mehr als 90 Prozent der Bevölkerung.

Sprachen verändern sich. Sprachen verschwinden. Warum also einer solchen Entwicklung entgegenwirken? Richard

Weiss, sein Berufsleben lang Lehrer und in den 1990er Jahren Mitbegründer der ersten, von einem Verein geführten zweisprachigen Schule im Elsass, hat sich wie viele andere nicht mit dem Verschwinden seiner Muttersprache abfinden wollen.

Das französische Schulsystem und die Sprachpolitik einer Nation, die ihre Stärke in der Vereinheitlichung statt in der Vielfalt sieht, sagt Weiss, haben die Zweisprachigkeit verdrängt. In vielen Familien setzte sich auch die Überzeugung fest, dass der Weg zur Akzeptanz als Franzosen nur über die Einsprachigkeit, Französisch, führte.

„

Viele vermeiden es, im Alltag Dialekt zu sprechen.

Guy Meyer

kehrte nach 30 Jahren ins Elsass zurück

Richard Weiss, 1951 geboren, erinnert sich gut an den empfundenen Widerspruch zwischen den Sprachwelten. Mit der Klasse sprach seine Grundschullehrerin strikt Französisch. Außerhalb des Unterrichts unterhielt sie sich mit seinen Eltern durchaus auf „Elsasserditsch“. „Ich habe nie begriffen“, erinnert sich Weiss, der Französisch erst mit dem Schuleintritt gelernt hat, „warum die Schule meine Muttersprache weder unterrichtete noch anerkennen wollte“.

Weiss, seit wenigen Wochen Vorsitzender der René-Schickele-Gesellschaft und des Elsässischen Kulturzentrums in Straßburg, gibt dort einmal wöchentlich Elsässisch-Unterricht für Fortgeschrittene. Einer der Wege, Elsässisch wieder in die Breite zu bringen, führt über die Jüngsten und die Schulen. Eine andere Möglichkeit, dem Dialekt wieder mehr

Raum zu schaffen, sind Kurse für Erwachsene.

Alle, die nun an seinem Kurs teilnehmen, eint ein Wunsch: Elsässisch soll nicht aussterben. Wie Florian Frommija, der aus Lothringen stammt, seit sechs Jahren in Straßburg lebt und als Schulbetreuer parallel zu seinem Studium mit dem Ziel arbeitet, einmal an einer zweisprachigen Schule zu unterrichten.

Zurück zu den Wurzeln, das gilt für die älteren im Kurs wie Guy Meyer und Solange Schaller. In besonderer Weise trifft dies auch auf Vincent Rieffel zu. Aufgewachsen ist er nicht im Elsass, sondern in der Nähe von Poitiers, von Straßburg aus 800 Kilometer nach Westen. Seine Eltern hätten zu Hause ausschließlich Französisch gesprochen, obwohl die Familie väterlicherseits aus dem Elsass stammt. „Geflucht hat mein Vater allerdings immer auf Elsässisch.“

Als er ins Collège kam, hat er sich für Deutsch als Fremdsprache entschieden und mit einem Austauschprogramm des Deutsch-Französischen Jugendwerks drei Monate in Schwerin verbracht. Zwölf Jahre war er damals alt – er hat der deutschen Sprache die Treue gehalten, das Gymnasium mit einem deutsch-französischen Abitur, dem AbiBac, abgeschlossen und danach Jura studiert, auch in einem deutsch-französischen Studiengang an der Universität des Saarlandes.

Seine Austauschzeit liegt inzwischen zehn Jahre zurück. In Straßburg studiert er weiter und möchte richtig Elsässisch lernen. „Wenigstens einer aus meiner Familie soll die Muttersprache meiner Vorfahren weitergeben können.“

Eric Besson, nur wenig älter als Vincent Rieffel, hat zur Hälfte eine deutsche Familie und ist im schweizerischen Biel deutsch-französisch aufgewachsen. „Bis ich es geschafft hatte, mit meinem Bernerdeutsch halbwegs ernst genommen zu werden, habe ich Jahre gebraucht“, sagt Bes-

son. Seit einem Monat ist er nach Straßburg umgezogen, wo er für ein Start-up den deutschsprachigen Raum bearbeitet.

Auch Jonathan Sanner ist des Jobs wegen in Straßburg gelandet und schon mit einem verwandten Dialekt vertraut: Seine Mutter stammt aus dem Schwarzwald. Das Elsässische Kulturzentrum und die dort beheimatete, nach dem Dichter René Schickele benannte Gesellschaft schätzt er als Denkfabrik, die sich mit der regionalen Geschichte und Identität befasst.

Die Begegnung mit der Sprache erfolgt nicht nach Lehrbuch. Weiss hat Texte von André Weckmann mitgebracht. „Geschicht“, ein Gedicht, das die Geschichte und Identität des Elsass durchleuchtet und dabei nachdrückliche Bilder und Klänge erzeugt. Sie lesen laut vor. Diskutieren. Hören zu. Erzählen. Tauschen sich aus. Sie fachsimpeln über manche, sich ihnen nicht sofort erschließende Bedeutung.

Aus dem Lesen, dem Verfeinern der Aussprache und der Übersetzung mancher Vokabel entspinnen sich Fäden für das weitere Gespräch. „Wenn ich groß bin, werde ich zweisprachig sein“, beschwört Richard Weiss in einem jüngst in Französisch wie deutscher Übersetzung erschienenen Buch eine Utopie, die längst vergangen ist. „Dabei hätten wir alle in meiner Generation und die Nachfolgenden ganz leicht zweisprachig werden können, wenn der Staat es denn gewollt hätte“, sagt Weiss. Sein Buch ist deshalb auch ein Wutbuch.

Immerhin, er findet auch Ermutigendes: Dank des Engagements vieler Eltern fasse die „Muttersprache“ heute wieder Fuß, in den Schulen, in der Gesellschaft, in der Region. Auch die staatlichen Schulen probieren seit diesem Schuljahr in vier Grundschulklassen die Vermittlung von Elsässisch aus. „Aber der Kampf“, sagt Weiss, „ist noch lange nicht gewonnen“.

Endspurt im Kampf fürs neunjährige Gymnasium

Elterninitiative „G9 jetzt!“ erlebt aktuell „wahnsinnig viel“ Unterstützung für Volksantrag: Reicht es für 39.000 Unterschriften?

Von Elvira Weisenburger

Karlsruhe/ Stuttgart. Die Elterninitiative „G9 jetzt!“ setzt zum Endspurt an. Bis 13. November muss die Gruppe 39.000 gültige Unterschriften sammeltrommeln haben, damit sich der Landtag mit ihrem Volksantrag für die Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9) befassen muss. „Wir sind zuversichtlich, dass wir das schaffen“, sagt Initiatorin Anja Plesch-Krubner im Gespräch mit dieser Redaktion. „In den letzten Tagen kam nochmals wahnsinnig viel Post herein.“

Ihre Mitinitiatorin Corinna Fellner habe an einem Tag gleich dreimal zum Postfach radeln müssen, weil nicht alle Briefe gleichzeitig in die Satteltaschen passten, erzählt Plesch-Krubner. Viele Eltern seien erst auf den letzten Drücker aktiv geworden. Im August packte die Initiatorinnen, die seit Jahren für eine verlängerte Gymnasialzeit und gegen das achtjährige „Turbo-Gymnasium“ kämpfen,



Ziel der Elterninitiative ist das G9. Mütter und Väter planen einen Volksantrag, damit Baden-Württemberg generell zur neunjährigen Gymnasialzeit zurückkehrt. Foto: Armin Weigel/dpa

zeitweise der Katzenjammer: Damals fehlten noch 16.000 Unterschriften.

Wie viele Unterstützer nun, drei Wochen vor Fristende, fehlen? Ganz genau könne sie das nicht sagen, erklärt die gebürtige Karlsruherin Plesch-Krubner. „Beim letzten Zwischenstand fehlten noch 2.000 Unterschriften. Jetzt müssen die vielen neuen Zuschriften noch sortiert werden – manche sind bescheinigt, andere unbescheinigt.“

Damit die Unterschriften für den Volksantrag zählen, müssen alle Unterstützer eine Bestätigung von ihrer Wohn-gemeinde vorlegen, dass sie in Baden-Württemberg wahlberechtigt sind. Diesen bürokratischen Aufwand scheuen manche Sympathisanten der G9-Forderung. Die Aktivistinnen von „G9 jetzt!“ bringen die Unterschriften-Formulare teilweise selbst zu den Bürgerbüros.

Bereits an diesem Donnerstag, 26. Oktober, wollen die G9-Aktivistinnen den Volksantrag an Landtagspräsidentin Muhterem Aras übergeben. „Am 13. No-

vember haben wir keinen Termin bekommen“, sagt Plesch-Krubner.

Auch wenn die erforderlichen 39.000 Unterschriften zusammenkommen, ist der echte Erfolg der Initiative weiter ungewiss: Der Landtag muss sich dann zwar mit dem Volksantrag für eine verlängerte Lernzeit befassen – aber er muss dem Antrag nicht folgen.

Die Elterninitiative sieht zwar eine überwältigende Mehrheit der Eltern hinter sich. Bei einer Umfrage des Philologenverbandes sprachen sich knapp 90 Prozent der Eltern von Gymnasialkindern für die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium aus. Doch Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und seine Partei wollen eigentlich an G8 festhalten. Sie verweisen auf höhere Kosten durch G9 – und auf langsamen Weg zum Abitur über Berufliche Gymnasien und Gemeinschaftsschule mit Oberstufe. Kretschmann hat zudem ein Bürgerforum einberufen, das über das strittige Thema „G8 oder G9?“ beraten soll.